

Medienmitteilung

Donnerstag, 2. September 2010

Poststellen-Initiative schwächt die Kunden und die Post

economiesuisse zur Einreichung der Initiative „Für eine starke Post“

Die heute eingereichte Poststellen-Initiative stellt eine Bedrohung des Service public dar. Für Konsumenten und Wirtschaft würden bei einer Annahme höhere Preise und eine schlechte Versorgung resultieren. Tatsächlich geht es den Gewerkschaften um die Zementierung von Arbeitsbedingungen und die Schaffung einer nationalen Postbank. Die Wirtschaft lehnt das staatliche Abenteuer zu Lasten der Kunden entschieden ab.

Die heute eingereichte Initiative mit dem irreführenden Titel „Für eine starke Post“ führt zu kürzeren Öffnungszeiten, weniger Dienstleistungen für Kunden und höheren Preisen. Dabei wirkt der Titel der Initiative auf den ersten Blick sympathisch. Gerade aber die Schweizerische Post, die den Grundversorgungsauftrag per Gesetz erbringen muss, wehrt sich gegen diese Initiative. Dies zu Recht, denn staatliche Kontrolle und Planung verbessern die Grundversorgung nicht. Wie zahlreiche Beispiele im europäischen Ausland zeigen, sind für die Kundinnen und Kunden flexible Lösungen mit Agenturen die bessere Strategie. Die Post muss sich den ändernden Rahmenbedingungen anpassen können, um die Grundversorgung in guter Qualität anbieten und weiterhin erfolgreich wirtschaften zu können.

In der Poststellen-Initiative werden diese Fakten verschwiegen und der Eindruck erweckt, staatliche Planung würde bessere Ergebnisse produzieren als das bestehende System. Besonders eindrücklich lässt sich dies am Beispiel der Poststellen illustrieren. Wird eine Poststelle geschlossen, dann sei dies laut den Befürwortern ein Abbau des Service public. Das Ziel des Grundversorgungsauftrags sind aber nicht Poststellen per se, sondern die angebotenen Dienstleistungen. Wird eine Poststelle als Agentur an ein Geschäft angeschlossen, profitieren die Postkunden von längeren Öffnungszeiten und von Postdiensten, die in ihrer Nähe angeboten werden. Sowohl die Post wie das jeweilige Geschäft haben aufgrund von Synergieeffekten eine grössere Chance, langfristig rentabel zu wirtschaften. Gerade in Randregionen sind flexible Kooperationen eine gute Möglichkeit, die Servicequalität – nicht nur im Postbereich – zu verbessern. Agenturen helfen dort sogar dem lokalen Gewerbe. Wird diese Möglichkeit verhindert, sieht die Zukunft für die Kundinnen und Kunden düster aus: Zwar gibt es weiterhin Poststellen, aber die Servicequalität sinkt und die Post wird zum Sanierungsfall.

Die Initiative will das durch ihr gefordertes Agenturverbot entstehende Defizit durch Gewinne einer Postbank finanzieren. Diese schädliche Querfinanzierung ist strikte abzulehnen. Letztlich schafft es auch einen neuen Interessenkonflikt beim Bund, der dann nicht nur Regulator (FINMA), sondern auch Eigentümer (Postbank) sein wird.

Rückfragen:

Stefan Vannoni, Telefon: 044 421 35 35

E-Mail: stefan.vannoni@economiesuisse.ch